

KOMMENTAR

Teures Wasser – ein Fall für die Politik

Die Summe klingt hoch, viel zu hoch. 90 Millionen Euro – so die Schlussfolgerung des Verbandes der Wohnungsunternehmen aus einem neuen Gutachten – haben die Berliner in den vergangenen drei Jahren zu viel für ihr Wasser gezahlt. Die Tarife hätten niedriger kalkuliert werden müssen. Das sagt zumindest der renommierte Gutachter und öffentliche Sachverständige, Professor Erik Gawel.

Nun ist das mit Gutachten immer so eine Sache. Der Auftraggeber – hier eine Berliner Wohnungsbaugesellschaft – gibt gern die Richtung vor. Doch in diesem Fall scheinen die Dinge anders zu liegen. Gawel gilt als ausgesprochener Kenner der Materie. Er hat Dutzende Veröffentlichungen und Gutachten zu Gebührenberechnungen geschrieben. Und sein Werk ist kein Gefälligkeitsgutachten für eine Kampagne. Die jetzigen Aussagen dienen auch als Grundlage in einem Musterprozess vor dem Berliner Landgericht.

Sollten die Richter dem Gutachter folgen, könnte das für die Berliner Gutes bedeuten: Dann nämlich müssten wahrscheinlich die Wasserbetriebe die zu viel gezahlten Gebühren zurückzahlen. Das geschah schon einmal. Als die Berliner Stadtreinigungsbetriebe einen schwerwiegenden Kalkulationsfehler zugeben mussten, erhielten die Berliner mehr als 60 Millionen Euro über gesenkte Straßenreinigungsgebühren wieder zurück.

Preis- und Tarifpolitik sollten offen und für die Konsumenten der Produkte nachvollziehbar sein. Gerade wenn es sich wie beim Wasser in Berlin um einen Monopolbetrieb handelt. Wettbewerb beim Wasser gibt es nicht. Auch deswegen muss die Aufstellung der Preise verständlich sein. Dass die Wasserbetriebe nach jahrelangem Streit vom Oberverwaltungsgericht vor Kurzem dazu verdonnert werden mussten, zeigt, dass das Unternehmen kein wirkliches Interesse daran hat, transparente Tarife zu haben.

Die Berliner Wasserbetriebe verwiesen in der Vergangenheit immer auf das Geschäftsgeheimnis, nach dem sie solche Daten nicht offenlegen müssen. Aber die Berliner haben ein Recht zu wissen, wieso der Wasserpreis in der Hauptstadt deutlich teurer als in Städten wie München oder Köln.

Und die hohen Wasserpreise sind nicht nur eine Geschäftsangelegenheit. Die Politik kann man gerade in diesem Fall nicht aus der Verantwortung lassen. Das Unternehmen gehört zu 50,1 Prozent dem Land, die Tarife müssen von einer Kommission gebilligt werden, und der Aufsichtsratsvorsitzende ist Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die Linke).

Eigentlich wäre es auch Aufgabe der Senatorin für den Verbraucherschutz, die Interessen der Berliner Wassernutzer zu vertreten. Doch von Wolfs Parteifreundin Katrin Lompscher war zum Thema Wassertarife bisher nicht viel zu hören.